

ABSCHLUSSBERICHT DIE JURISTISCHE AUSBILDUNG IM SPIEGEL DER ZEIT – RECHT UND RASSISMUS IM KONTEXT DER JURISTISCHEN AUSBILDUNG

Workshop Nr. 3

Hilal Alwan

BRF

Bundesverband
rechtswissenschaftlicher
Fachschaften e.V.

Inhaltsverzeichnis

A.	Einführung	1
I.	Zielstellung des Gutachtens.....	1
II.	Problemaufriss.....	1
III.	Implikationen des § 27a	2
IV.	Das Problem: Rassismus.....	2
1.	Ein Blick in die Realität/Empirie/empirische Betrachtung	2
2.	Wie sprechen wir über Rassismus: grundlegende Definitionen der Rassismusforschung.....	3
3.	Einführung in die wissenschaftliche Debatte	6
4.	Workshopergebnisse: exemplarische Sammlung rassistischer Mechanismen...	6
5.	Wie sprechen wir rechtlich über Rassismus.....	6
a.	Exemplarisch: Die Debatte um die Streichung des „Rasse“ Begriffs aus dem Grundgesetz und das postkategoriale Antidiskriminierungsrecht	7
b.	Critical legal studies	7
B.	Rassismus als Tatbestand: die „Lösung“ des Problems?	8
1.	Deutsches Recht:	8
2.	Unionsrecht:.....	11
3.	Völkerrecht:.....	12
C.	Rassismus im Kontext der juristischen Ausbildung: Antirassismus als „übersehene“ Kernkompetenz	13
I.	Universitäre Binnenstrukturen.....	13
II.	Implementierung „kritischer“ Inhalte in die universitäre Lehre	14
D.	Appell an die Studierendenschaft.....	16
	Impressum.....	17

A. Einführung

Rassismus ist eine komplexe Struktur und betrifft jeden Aspekt unseres Zusammenlebens.¹ Die Beziehung von Recht und Rassismus ist vielfältig. Dieses Gutachten beleuchtet bestehende rassistische Kontinuitäten im Recht, denn: von der Rechtsanwendung über das materielle Recht bis hin zu den rechtspolitischen Debatten um Gesetzesänderungen: eine rassismuskritische Perspektive erweitert das Verständnis für das Recht und dessen Wirkung.

I. Zielstellung des Gutachtens

Ziel des Workshops ist es, Studierenden ein Bewusstsein für rassistische Kontinuitäten in Recht und Gesellschaft zu vermitteln und zur Reflexion darüber anzuregen, was das für die eigene juristische Ausbildung bedeutet. Prämisse für die Auseinandersetzung mit Rassismus im Recht, ist die Identifizierung dessen, als gesellschaftliches Problem. Ausgehend davon werden in einem zweiten Schritt zentrale Begriffe und Ansätze für die (rechts-) wissenschaftliche Auseinandersetzung mit rassistischen Kontinuitäten vorgestellt. In einem dritten Schritt verweist das Gutachten auf zentrale Rechtsgrundlagen im Mehrebenensystem, die zeigen, wie Rassismus als Tatbestand in Normen des Antidiskriminierungsrechts gefasst wird. Zuletzt wird Rassismus in der juristischen Ausbildung, unterteilt in die Beleuchtung universitärer Binnenstrukturen und Lehrinhalte, betrachtet- ein Angebot, Handlungsfähigkeit hinsichtlich der Selbstorganisation im juristischen Alltag und einer Anspruchshaltung an die eigene Ausbildung und Lehre (weiter-) zu entwickeln.

II. Problemaufriss

Ausgehend für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit rassistischen Kontinuitäten im Recht und im Rahmen der juristischen Ausbildung ist zunächst das aktuelle Grundsatzprogramm des BRF zu betrachten:

¹ Zum „Strukturcharakter rassistischer Benachteiligung“: *Barskanmaz*, Rassismus, Postkolonialismus Und Recht — Zu Einer Deutschen ‘Critical Race Theory?’, *Kritische Justiz* 2008, S.297.

§ 27a Kritisches Jurastudium

- (1) Innerhalb des **Pflichtfachstoffes muss eine Auseinandersetzung** mit dem **nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur** stattfinden. Über die ethischen Grundlagen hinaus muss die **kritische Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien und deren rechtlichen Mechanismen und Ausdrucksformen** als Veranstaltungen verpflichtend aufgenommen werden.
- (2) **Wünschenswert** ist die Förderung von Angeboten kritischer Rechtslehre, die etwa **feministische und antirassistische Themen im Recht** aufgreifen. Dies soll sicherstellen, dass künftige Generationen von Jurist:innen über vielfältige Lebensrealitäten **aufgeklärt sind** und diese in der **Anwendung des Rechts** einbeziehen können.²

III. Implikationen des § 27a

Mit der Betrachtung des § 27a werfen sich folgende Fragen auf: was bedeutet eine adäquate Auseinandersetzung mit historisch vormals legalen Unrecht im Rahmen der juristischen Ausbildung- welche menschenverachtende Theorien gilt es in den Fokus einer solchen Auseinandersetzung zu stellen- ist diese Aufzählung abschließend- und welche Imperative ergeben sich aus der insbesondere im zweiten Absatz der normierten Aufklärung über „vielfältige Lebensrealitäten“, die in einem zweiten Schritt, in die „Anwendung des Rechts“ selbst implementiert werden sollen? Dazu ist zuerst Rassismus als tatsächliche gesellschaftliche Unrechtserfahrung zu beleuchten.

IV. Das Problem: Rassismus

1. Ein Blick in die Realität/Empirie/empirische Betrachtung

In einer Studie des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa)³ gaben von April bis August 2021 5000 Menschen in einer repräsentativen Umfrage Auskunft zu ihren persönlichen Erfahrungen mit Rassismus. Aus der Studie ergibt sich, dass Rassismus keineswegs ein bloßes Randphänomen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, sondern vielmehr omnipräsent im alltäglichen Leben ist. Auffällig ist, dass die Beschwerde über rassistischer Diskriminierung häufig als emotionale

² BRF/Drost, Gutachten 2022: Aktualisierung des Grundsatzprogramms, S. 1-5; online abrufbar unter: [Gutachten: Aktualisierung des Grundsatzprogramms – Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften](#) (zuletzt abgerufen: 19.12.2024).

³ Der gesamte Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors ist online abrufbar unter: [NaDiRa-Studie | Rassismus und seine Symptome](#) (zuletzt abgerufen 19.12.2024).

Befindlichkeit abgetan wird, was angesichts der tatsächlich erlebten Diskriminierung besorgniserregend ist und Fragen zur Deutungshoheit über den Unrechtsgehalt diskriminierender Handlungen aufwirft.⁴

Studie: „Rassistische Realitäten“ (2022)

90 % - „Rassismus ist Alltag in Deutschland“

22,2 % - „Rassismus selber erfahren“

49 % - „Menschliche Rassen existieren“

27 % - „Es braucht in einer Gesellschaft Gruppen, die oben stehen, und andere, die unten stehen“

52 % - „Opfer von Rassismus sind überempfindlich“

2. Wie sprechen wir über Rassismus: grundlegende Definitionen der Rassismusforschung

Was ist überhaupt Rassismus? Was ist der Unterschied von institutionellem und strukturellen Rassismus? Was ist mit „othering“ und „tokenism“ gemeint? Was sind bias? Was beschreibt das Differenzdilemma und wie schützt man sich vor der „Essentialisierungsfalle“⁵? Diese und weitere Begriffe wollen wir gleich zu Anfang klären, denn es sind eben jene Begriffe, die am Ende eines politischen Aushandlungsprozesses in die Form eines Gesetzes gegossen werden. Die Auseinandersetzung damit – was „wir“ also genau meinen, wenn es um bestimmte Phänomene geht, ist essentiell für eine Auseinandersetzung mit dem Problem.

Rassismus

⁴ Vertiefend zur Auseinandersetzung mit epistemischer Gewalt und Deutungshoheit: *Hauck, Weiße* Deutungshoheit statt Objektivität: Der „objektive Dritte“ und die systematische Abwertung rassimuserfahrener Perspektiven, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2022; 42 (2), S. 153-175.

⁵ Geprägt wurde der Begriff von Prof. Dr. Baer, vertiefend dazu: *Baer*, Das Kategorienproblem, in: Mangold/Payandeh (Hrsg.), *Handbuch Antidiskriminierungsrecht*, 2022, S.242.

Rassismus basiert auf den im 19. Jahrhundert ausformulierten Ideologien von aus der Natur des Menschen begründeten Rassenunterschieden und den darauf aufbauenden unterschiedlichen sozialen, moralischen und/oder biologischen Bewertungen natürlich- biologischer Unterschiede von Menschen⁶.

Merkmale und Mechanismen: normalisierendes Differenzdenken, Aufteilung in homogene und unüberbrückbare Identitäten

„die“ vs. „wir“

„normal“ vs. „exotisch“

Formen von Rassismus

- Biologistisch/ (pseudo-)wissenschaftlich
- Kulturalistisch
- Institutionell

Orientierungsmuster Rassismus⁷:

- Nationalsozialismus
- Antisemitismus
- Apartheid und Segregation
- Rechtsextremismus
- Islamophobie
- Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja

„Rasse“/race (Rassialisierung)⁸

Historisch:

„Rasse“ oder der Prozess der „Rassialisierung“ beschreibt die Vorstellung Menschen in verschiedene „Rassen“ zu unterteilen und zu hierarchisieren. Die Idee von „Rasse“ entstand im Kontext der kolonialen Expansion Europas im 15. Jahrhundert. Zum Ende des 17. Jahrhunderts kam es zu zahlreichen Entwicklungen von Theorien zu biologischen und genetischen „Rassen“, diese unterliegen scheinbar naturwissenschaftlichen Klassifizierungen. Der „Rasse“ Begriff gewann weiterhin an Bedeutung als im 18. Jahrhundert mit der Aufklärung auch Theoretiker wie Voltaire und Immanuel Kant den biologistischen Rassenbegriff in ihren Schriftenkanon aufnehmen. Im 19. Jahrhundert im Zuge des Imperialismus

⁶ Vertiefend zu „Rasse“ als Diskriminierungsgrund: *Baskanmaz*, Rasse und ethnische Herkunft als Diskriminierungskategorien, in: Mangold/Payandeh (Hrsg.), Handbuch Antidiskriminierungsrecht, 2022, S. 303-385.

⁷ Es handelt sich hierbei nicht um eine abschließende Aufzählung rassistischer Orientierungsmuster

⁸

manifestiert sich das Konzept der „Rassen“ durch die Weiterverbreitung von Ideen wie dem Sozialdarwinismus und Eugenik. Als Vertreter des menschenverachtenden Konzepts von „überlegenen Rassen“ sind Joseph Arthur Gobineau und Houston Stewart Chamberlain zu nennen. Erst seit wann werden die „Rassentheorie und Rassenlehre“ kritisch eingeordnet.⁹ Auch wenn es sich bei „Rasse“ um eine soziale Konstruktion handelt, entfaltet das dahinterstehende Konzept Wirkmacht und konstituiert somit auch in Form von Bias, Diskriminierungshandlungen und strukturellen Ungleichheiten eine „rassialisierte“ Gesellschaft (Cengiz Baskanmaz).¹⁰

Das Konzept der „Rasse“ ist historisch gewachsen und hat sich strukturell verankert. Es lässt sich sagen, dass es sich beim Konzept der „Rasse“ um einen Mythos handelt¹¹, scharf formuliert um einen kolonialen Hierarchisierungs- und Rechtfertigungsmechanismus, der der Legitimation von Entschmenschlichung dient. Der damit einhergehende Rassismus ist auch immer ein Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse und (re-)produziert zugleich materielle und symbolische Ausschlüsse strukturell.¹²

Racial Profiling

Def: Rassistische Profilerstellung, „Ethnic Profiling“¹³

Durch wen?

Polizeiliche Maßnahmen und Maßnahmen von anderen Sicherheits-, Einwanderungs,- und Zollbeamten:innen

Was passiert?

Mögliche Maßnahmen: Identitätskontrollen, Befragungen, Überwachungen, Durchsuchungen, Verhaftungen

(Problem) Maßnahmen erfolgen nicht (nur) auf konkreter Verdachtsgrundlage oder Gefahr, sondern von „äußeren“ rassifizierten Merkmalen (Hautfarbe, vermeintliche Religionszugehörigkeit)

Othering

Def: „other“= andersartig, Andersmachung

⁹ Vertiefend dazu: *Baskanmaz*, Rasse und ethnische Herkunft als Diskriminierungskategorien, in: Mangold/Payandeh (Hrsg.), Handbuch Antidiskriminierungsrecht, 2022, S. 303-385

¹⁰ Ders.; vertiefend dazu auch: *Bonilla-Silva*, The Essential Social Fact of Race, American Sociological Review 64 (1999), S.899.

¹¹ *Banton*, UNESCO Statements on Race, in: Schaefer (Hrsg.), Encyclopedia of Race, Ethnicity and Society, 2008, S. 1096.

¹² So zum Beispiel durch die Begründung ungleicher Verteilung von Lebenschancen und ungleichem Zugang zu Ressourcen wie Bildung, Gesundheitsversorgung.

¹³ Vertiefend dazu: *Baskanmaz*, Ein Sieg gegen Racial Profiling?, Verfassungsblog, 21.10.2022; online abrufbar unter: [Ein Sieg gegen Racial Profiling? – Verfassungsblog](#) (zuletzt abgerufen am 19.12.2024).

Distanzierung und Differenzierung zu einer anderen Gruppe

Pauschale Zuschreibung negativer Eigenschaften anknüpfend an Zugehörigkeit zu der „anderen“ Gruppe

„Wir“ vs. „die“; „Ausländer“, „bei euch macht man das ja so“

Tokenism

Def: (ungewolltes) Einnehmen einer Alibifunktion von einer marginalisierten Person innerhalb einer Gruppe, Token wird nicht als Individuum betrachtet, sondern symbolisch als Repräsentant:in einer anderen Gruppe

Essentialisierung

Normalitätsannahmen über das Wesen bestimmter Individuen/Gruppen

Reduzierung einer Person/Gruppe auf diese Merkmale, Prozess der Kategorisierung kultureller, sozialer, körperlicher Merkmale einer Gruppe oder einer Person als für sie wesentlich, Essentialisierung)

naturalistisch-biologistische Vorstellungen von bestimmten Eigenschaften

3. Einführung in die wissenschaftliche Debatte

4. Workshopergebnisse: exemplarische Sammlung rassistischer Mechanismen

Workshopergebnisse: exemplarische Sammlung rassistischer Mechanismen

Täter- Opfer Umkehr

Emotionalisierungsvorwurf

Mobilisierungshürden

5. Wie sprechen wir rechtlich über Rassismus

Impulsfragen

Wie werden Rassismus-Erfahrungen vom Recht erfasst?

Sind die Kategorien des Art. 3 GG zu abschließend?

Sollte man den „Rasse“-Begriff des Grundgesetzes noch verwenden? Was ist Diskriminierung und was ist der Unterschied zwischen mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung?

a. Exemplarisch: Die Debatte um die Streichung des „Rasse“ Begriffs aus dem Grundgesetz und das postkategoriale Antidiskriminierungsrecht

Zentral für diese Debatte ist die Frage, ob durch die Verwendung des Begriffes der „Rasse“ eine biologistische und essentialistische Konzeptualisierung legitimiert wird, oder ob es gerade erforderlich ist, gesellschaftlichen Rassismus durch den Rückgriff auf diesen konnotierten Begriff zu erfassen.¹⁴ In einem zweiten Schritt werden die unterschiedlichen Ansätze für den Umgang mit dem „Rasse“ Begriff in juristischen Texten und Normierungen beleuchtet. Die Debatte um die Streichung findet kulminiert auch legislativ in einem Gesetzesentwurf der Grünen im Jahre, dieser sieht eine Streichung aus Art. 3 Abs.3 S.1 GG vor.¹⁵

Einen Lösungsansatz sieht das postkategoriale Antidiskriminierungsrecht vor: der essentialisierenden Wirkung von biologistisch konnotierten Begriffen wie „Rasse“ sollen Definitionen und damit auch juristische Tatbestände entgegengesetzt werden, die die tatsächliche Diskriminierungserfahrung fassen und den diskriminierenden Mechanismus dahinter: also Rassialisierung statt Rasse und damit zu einer adäquateren Erfassung von Unrechtserfahrungen Betroffener führen, statt vermeintliche Unterschiede verfassungsrechtlich zu normieren.¹⁶ Hier tauchen wir ein in die Diskussion um die Streichung des „Rasse“-Begriffs aus dem Grundgesetz. Ziel ist es die Komplexität der Bedeutung von Begriffen aufzuzeigen, aber auch zu reflektieren, wem in einer solchen Debatte zugehört wird, welchen Akteur:innen wir Deutungshoheit zu sprechen und wie Recht Unrechtserfahrungen normieren kann, ohne diskriminierende Begriffe zu perpetuieren

b. Critical legal studies

Dieser Abschnitt widmet sich der Entstehung der Critical Legal Studies und ihrer Einordnung der Critical Legal studies in einen multidisziplinären Kanon der Auseinandersetzung mit den Funktionen von Recht. Ferner werden die Kernanliegen dieser Strömung erläutert. Diese wissenschaftliche Strömung entstand in den 1970er Jahren in den USA. Als historischer „point of origin“ gilt der Abolitionismus und die Auseinandersetzung mit der Sklaverei in den USA. Kernanliegen sind die Erreichung materieller Gleichheit, denn oftmals sind Gleichheitssätze verfassungsrechtlich normiert, Diskriminierung formell

¹⁴ Vertiefend dazu: *Liebscher*, Das Problem heißt Rassismus. Zur Debatte um den Rasse- Begriff im Grundgesetz und den Vorteilen einer postkategorialen Alternative, *Verfassungsblog*, 11.06.2020; online abrufbar unter: [Das Problem heißt Rassismus – Verfassungsblog](#) (zuletzt abgerufen 19.12.2024).

¹⁵ Vertiefend zur Diskussion: [Deutscher Bundestag - Experten mehrheitlich für Ersetzung des „Rasse“-Begriffs im Grundgesetz](#) (zuletzt aufgerufen 19.12.2024)

¹⁶ Zu den Vorteilen eines postkategorialen Antidiskriminierungsrechts auch: *Liebscher*, Das Problem heißt Rassismus: Zur Debatte um den Rasse-Begriff im Grundgesetz und den Vorteilen einer postkategorialen Alternative, *VerfBlog*, 2020/6/11, <https://verfassungsblog.de/das-problem-heisst-rassismus/>, DOI: [10.17176/20200612-013647-0](https://doi.org/10.17176/20200612-013647-0).

abgeschafft und Benachteiligung aufgrund der Anknüpfung an rassistische Merkmale verboten, Ungleichheiten und Diskriminierungsstrukturen aber immer noch implizit vorhanden.¹⁷

Im Zusammenhang mit den critical legal studies sind die postmoderne und dekonstruktivistische Rechtskritik sowie die feministische, queere, antirassistische und postkoloniale Rechtswissenschaft zu nennen. Forschungsgegenstand sind die verschiedenen Faktoren, die schließlich zu einem Gesetz führen.¹⁸ Recht als „Samthandschuh“ der Macht (Catherine MacKinnon) wird instrumentell eingeordnet, als unmittelbar zusammenhängend mit Macht und Herrschaft und als Ausdruck gesellschaftlicher hegemonialer Verhältnisse. Für wen wirkt formales Recht und ist „saubere Subsumtion“ nur ein Vorwand, um eigene Interessen durchzusetzen?

B. Rassismus als Tatbestand: die „Lösung“ des Problems?

Dieser Abschnitt legt die zentralen normativen Grundlagen des Rechts gegen Rassismus im Mehrebenensystem dar. Wie wird Recht gegen Rassismus normiert?

1. Deutsches Recht:

Verfassungsrechtliche Normen:

- **Grundrechtekatalog:**
 - **Artikel 1- Schutz der Menschenwürde, Menschenrechte, Grundrechtsbindung**
 - (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
 - (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.
 - **Artikel 2- Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person**
 - (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

¹⁷ Lesenswert dazu: *Sacksofsky*, Unmittelbare und mittelbare Diskriminierung, in: Mangold/Payandeh (Hrsg.), Handbuch Antidiskriminierungsrecht, 2022, S.598- 643.

¹⁸ Lesenswert dazu: *Crenshaw/Gotanda/Peller /Hrsg.*), Critical Race Theory. The Key Writings that Formed the Movement, 1995.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

○ **Artikel 3- Gleichheit vor dem Gesetz**

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

○ **Artikel 4- Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Kriegsdienstverweigerung**

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

○ **Artikel 16a- Asylrecht**

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, dass ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, dass er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

Bundesrechtliche Normen:

- **AGG-ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ**

2006 (BGBl. I S. 1897), zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2510) geändert.

- **Abschnitt 1 Allgemeiner Teil**

- **§ 1 Ziel des Gesetzes**

Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

- **§ 2 Anwendungsbereich**

(1) Benachteiligungen aus einem in § 1 genannten Grund sind nach Maßgabe dieses Gesetzes unzulässig in Bezug auf:

die Bedingungen, einschließlich Auswahlkriterien und Einstellungsbedingungen, für den Zugang zu unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit, unabhängig von Tätigkeitsfeld und beruflicher Position, sowie für den beruflichen Aufstieg, die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen einschließlich Arbeitsentgelt und Entlassungsbedingungen, insbesondere in individual- und kollektivrechtlichen Vereinbarungen und Maßnahmen bei der Durchführung und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses sowie beim beruflichen Aufstieg, den Zugang zu allen Formen und allen Ebenen der Berufsberatung, der Berufsbildung einschließlich der Berufsausbildung, der beruflichen Weiterbildung und der Umschulung sowie der praktischen Berufserfahrung, die Mitgliedschaft und Mitwirkung in einer Beschäftigten- oder Arbeitgebervereinigung oder einer Vereinigung, deren Mitglieder einer bestimmten Berufsgruppe angehören, einschließlich der Inanspruchnahme der Leistungen solcher Vereinigungen, den Sozialschutz, einschließlich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsdienste, die sozialen Vergünstigungen, die Bildung, den Zugang zu und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.

- **§ 3 Begriffsbestimmungen**

(1) Eine unmittelbare Benachteiligung liegt vor, wenn eine Person wegen eines in § 1 genannten Grundes eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation erfährt, erfahren hat oder erfahren würde. (...)

(2) Eine mittelbare Benachteiligung liegt vor, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen wegen eines in § 1 genannten Grundes gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel

sachlich gerechtfertigt und die Mittel sind zur Erreichung dieses Ziels angemessen und erforderlich.

2. Unionsrecht:

Primärrechtliche Normen:

- **EUV- VERTRAG ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION¹⁹**

- o **Artikel 2**

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

- **AEUV- VERTRAG ÜBER DIE ARBEITSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION²⁰**

- o **Artikel 10**

Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen zielt die Union darauf ab, Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

- **GRC- CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION²¹**

- o **Artikel 21- Nichtdiskriminierung**

(1) Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten.

¹⁹ 1992, 1993 in Kraft getreten, konsolidierte Fassung, Amtsblatt Nr. C 326 vom 26/10/2012 S. 13–390.

²⁰ 1957, 1958 in Kraft getreten, konsolidierte Fassung, Amtsblatt Nr. C 326 vom 26/10/2012 S. 47–390.

²¹ 2007, 2009 in Kraft getreten, konsolidierte Fassung, Amtsblatt Nr. C 326 vom 26/10/2012 S. 391–407.

(2) Unbeschadet besonderer Bestimmungen der Verträge ist in ihrem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

Sekundärrechtliche Normen:

- **RICHTLINIE 2000/43/EG- „Anti-Rassismus-Richtlinie“**

- o **Artikel 7- Rechtsschutz**

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, daß alle Personen, die sich durch die Nichtanwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in ihren Rechten für verletzt halten, ihre Ansprüche aus dieser Richtlinie auf dem Gerichts- und/oder Verwaltungsweg sowie, wenn die Mitgliedstaaten es für angezeigt halten, in Schlichtungsverfahren geltend machen können, selbst wenn das Verhältnis, während dessen die Diskriminierung vorgekommen sein soll, bereits beendet ist.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, daß Verbände, Organisationen oder andere juristische Personen, die gemäß den in ihrem einzelstaatlichen Recht festgelegten Kriterien ein rechtmäßiges Interesse daran haben, für die Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie zu sorgen, sich entweder im Namen der beschwerten Person oder zu deren Unterstützung und mit deren Einwilligung an den in dieser Richtlinie zur Durchsetzung der Ansprüche vorgesehenen Gerichts- und/oder Verwaltungsverfahren beteiligen können.

3. Völkerrecht:

Recht der Vereinten Nationen

- **AEMR- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte²²**

- Artikel 2**

Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

- Artikel 7**

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede

²² 1948, The Universal Declaration of Human Rights (UDHR), A/RES/3/217A(III).

Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

- **ICERD- Anti- Rassismus- Konvention**

Regionale Menschenrechtsnormen

- **EMRK- Europäische Menschenrechtskonvention²³**

- **Artikel 14**

Diskriminierungsverbot Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.

C. Rassismus im Kontext der juristischen Ausbildung: Antirassismus als „übersehene“ Kernkompetenz

Wie schafft man rassismuskritische Räume an der Universität?

Wieso ist das Asylrecht eigentlich nicht examensrelevant?

Wo stoßen Studierende auf persönliche und strukturelle Grenzen in der Auseinandersetzung mit
rassistischen Kontinuitäten im Recht?

I. Universitäre Binnenstrukturen

Bereits jetzt besteht eine Bandbreite an Initiativen, die im oftmals überladenen universitären Alltag einen kritischen Anspruch an das Studium implementieren wollen. Ihr Ziel: den Studierenden Anlaufstellen, Ressourcen und Vernetzung im universitären Leben bieten.²⁴

Vereint sind sie alle im Anliegen, den universitären Alltag mitzutragen und aktiv zu gestalten. Also nicht nur zu rezipieren, sondern mit- und umzudenken, mithin zu hinterfragen. Dabei fungieren sie als

²³ 1950, Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, 1953 in Kraft getreten; 1952 von Deutschland ratifiziert

²⁴ Exemplarisch sind für die Humboldt- Universität zu Berlin zu nennen: Räume für einen gemeinsamen Austausch gibt es zum Beispiel an vielen Universitäten den Arbeitskreis kritischer Jurist:innen (AkJ), der sich mit marginalisierten Perspektiven im juristischen und rechtsrealen Raum beschäftigt, sowie die Hochschulgruppe BiJoc (Black, indigenous, Jurastudierende of colour). Diese setzt sich als feministische, antirassistische und machtkritische Hochschulgruppe für mehr Sichtbarkeit von Anliegen von BiPoc Jurastudierenden und einer solidarischen Vernetzung ein.

Mediator:innen zwischen Universität und der Studierendenschaft und sind damit essentiell für eine Vertretung vulnerabler Perspektiven auf Augenhöhe.

Ferner gibt es Angebote wie Refugee Law Clinics oder Grund- und Menschenrechte Law Clinic, bei denen das Erlernte in direkte Praxis umgesetzt werden kann, eine Symbiose aus Kompetenz Erweiterung und Sammlung erster Expertise in dem Bereich. Diese Angebote helfen, sich der verkürzten Annahme zu entziehen, dass Jura und Gerechtigkeit einander ausschließen. So können in gemeinsamer Anstrengung Anliegen auf die Agenda gebracht werden, vulnerable Stimmen sichtbar gemacht werden und das universitäre Leben aktiv mitgestaltet werden. Was dabei auffällt: Engagement im universitären Alltag ist möglich und erwünscht, wohingegen kritische Inhalte oftmals nur als „nice-to-have“ in Form von Wahlfächern oder Zusatzseminaren Eingang ins Kurrikulum von Studierenden findet.²⁵

II. Implementierung „kritischer“ Inhalte in die universitäre Lehre

(Problem): Nürnberger Rassengesetze + NS- Unrecht gehören nicht zum Kanon der juristischen Ausbildung in Dtl.

Lös (?): Juni 2021 Parlamentsbeschluss

- **Inhalt:** Auseinandersetzung mit NS- Unrecht ist obligatorischer Bestandteil der deutschen Juristenausbildung
- **Konkrete Regelung: DRiG**
 - „Die Vermittlung der Pflichtfächer erfolgt auch in Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED- Diktatur“ (§ 5a Abs.2 DRiG)
 - Neuregelung in Kraft seit 1.1.2022

Angesichts eines ohnehin schon überladenen Stundenplans: wie wird Antirassismus vom „nice-to-have“ zum tatsächlichen Teil unserer juristischen Ausbildung? Diese Frage ergibt sich nicht (nur) aus ideellen Erwägungen, sondern gerade angesichts des Fakts, dass Recht für alle Menschen gilt, die Gleichheit vor dem Gesetz verfassungsrechtlich gewährleistet ist, und daher diskriminierungsfrei auszuüben, zu sprechen und zu untersuchen ist.

Feministische Rechtswissenschaften sowie die kritische Auseinandersetzung mit Recht kommen im Jurastudium eine eher untergeordnete Rolle zu. Dies vernachlässigt die Perspektive marginalisierter Gruppen und wird gesellschaftlichen Herausforderungen von der Klimakrise bis zur Bedrohung des

²⁵ Vertiefend dazu: *Mangold*, Diskriminierung und juristische Ausbildung, Verfassungsblog, 11.09.2024 online abrufbar unter: [Diskriminierung und juristische Ausbildung – Verfassungsblog](#) (zuletzt abgerufen am 19.12.2024).

autoritären Populismus in Deutschland, Europa und der Welt nicht gerecht. In einem zeitgemäßen Jurastudium müssen diese be- und verhandelt werden kritische Perspektiven müssen Raum finden. Während durch die Betrachtung des Pflichtstoffkatalogs der Eindruck entsteht, dass beispielsweise das Asylrecht sei nicht prüfungsrelevant, ist es in der Praxis wichtiger denn je.

Im Rahmen des Workshops erarbeitete Vorschläge:

Größeres Angebot an (kritischen) Schlüsselqualifikation für die Vertiefung interdisziplinärer und kritischer Kompetenzen

Aushandlung: was wird im Pflichtstoffkanon berücksichtigt oder priorisiert?

Asyl- und Migrationsrechts als Pflichtfach implementieren

Kolonialistische Kontinuitäten zusätzlich zur Auseinandersetzung mit NS- und SED- Unrecht aufnehmen

Auseinandersetzung mit Empirie, als Ausgangspunkt für die rechtliche Betrachtung

Gleichheitsrechte stärker in den Fokus im Rahmen der Grundrechte- Vorlesung

D. Appell an die Studierendenschaft

Was wollen wir von diesem Studium? Was bedeutet es, kritisch Jura zu studieren und welche Verantwortung geht mit der anschließenden Praxis dieser Materie einher? Was bedeutet *kritisch* in diesem Zusammenhang? Kritisch bedeutet zuallererst hinterfragen: wie kommt es zu juristischen Normen; welche Prozesse sind einer juristischen Norm vorgelagert; hat die *herrschende Meinung* einen Absolutheitsanspruch; wer bestimmt, welches Wissen im rechtswissenschaftlichen Diskurs anerkannt wird?²⁶ Erst wenn kritische Perspektiven ihren Eingang in die juristische Ausbildung finden, wird das Recht in seinem absoluten Geltungsanspruch der pluralistischen Vielfalt an Perspektiven und menschlichen Schicksalen, die es erfasst, gerecht.

²⁶ Hauck, *Weiße* Deutungshoheit statt Objektivität: Der „objektive Dritte“ und die systematische Abwertung rassimuserfahrener Perspektiven, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2022; 42 (2), S. 153-175.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Hilal Alwan

Dank

Ich bedanke mich herzlich bei Prof. Dr. Endres de Oliveira, dem Team des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien von Prof. Dr. Baer und Gwinyai Machona für die hilfreichen und inspirierenden Gespräche in der Vorbereitung des Workshops.

Ein besonderer Dank gilt Menina Ugwuoke für den Einführungsvortrag des Workshops im Rahmen der Zwischentagung.